



Von den Grünen geplanter Autobahnausbau



GRÜNE

Mehr Autobahn wagen

Die Grünen sprechen sich erstmals offensiv für den Ausbau deutscher Autobahnen aus. Ein Arbeitspapier der Bundestagsfraktion listet sechs Schnellstraßenabschnitte in Westdeutschland auf, deren Erweiterung die Grünen für „notwendig“ halten. Dazu gehören die A3 zwischen Köln und dem Kreuz Leverkusen, die A6 zwischen Nürnberg und Heilbronn sowie die A7 zwischen Göttingen und Salzgitter. Die sechs Streckenabschnitte (siehe Grafik) gehören nach Auffassung der Grünen zu einem „Kernnetz“ der „am stärksten

belasteten Autobahnabschnitte mit einem hohen Lkw-Anteil und hoher Stauanfälligkeit“. In diesem Netz müssten „Investitionen für Neu- und Ausbau in die Beseitigung von Engpässen fließen“. Das achtseitige Papier des Verkehrspolitikers Anton Hofreiter wird von Fraktionschefin Renate Künast gestützt; es soll in einen Beschluss der Bundestagsfraktion münden. Mit dem Bekenntnis zum Autobahnausbau wollen die Grünen den Vorwurf entkräften, sie seien eine „Dagegen-Partei“, die Infrastrukturprojekte rundheraus ablehne. Allerdings nennt das Arbeitspapier auch vier Projekte, die abgelehnt werden, zum Beispiel die A100 in Berlin und die Weiterführung der Küstenautobahn A20. Neu- und Weiterbauten in Ostdeutschland soll es nach dem Willen der Grünen nicht mehr geben; dort sei der „Ausbau der Straßeninfrastruktur weitgehend abgeschlossen“.

KRIMINALITÄT

Trojaner-Einsatz im Fall Bögerl

Auch bei den Ermittlungen im Mordfall der Bankiersgattin Maria Bögerl aus Heidenheim ist eine umstrittene Trojaner-Software eingesetzt worden. Im Familien- und Freundeskreis der Bögerls fanden außerdem weitreichende Telefonüberwachungen statt. Betroffen davon war offenbar auch eine Therapeutin, die die Angehörigen psychologisch betreut hat. Diese wurden jetzt von der Staatsanwaltschaft



Spurensuche am Fundort der Bögerl-Leiche 2010

über die Einstellung der Abhörmaßnahme informiert. Maria Bögerl war am 12. Mai 2010 entführt und später ermordet aufgefunden worden. Bis heute hat die Polizei keinen Hinweis auf den Täter. Ihr Ehemann Thomas Bögerl beging im Juli 2011 Selbstmord. Das baden-württembergische Innenministerium wollte zur Verwendung der Spionage-Software wegen der laufenden Ermittlungen keine Stellungnahme abgeben. Der Staatstrojaner wurde in Baden-Württemberg 2009 und 2010 in vier Fällen eingesetzt. Innenminister Reinhold Gall (SPD) hatte die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung im vergangenen Oktober vorerst gestoppt.